

Die Rolle des Feldpredigers

Autor(en): **Gyssling, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **56 (1973)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-412053>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gabe vom 21. Oktober 1866: «Unser Ziel besteht darin, den menschlichen Geist von Hypothesen, Aberglauben und vernunftwidrigen Lehren zu befreien. Ein Urteil nur auf Grund von Beobachtung und Erfahrung zu bilden, sei unser Gesetz. Wir akzeptieren keine Behauptungen seitens irgend einer Sekte oder Schule — mag diese noch so berühmt sein — wenn sie den beobachteten Tatsachen widersprechen. Wir lassen keine anderen Regeln gelten als diejenigen der Erfahrungsmethode (Empirie).» Wegen dieses Manifests wurde die Publikation von «La Libre Pensée» durch Napoleon III. auch rasch verboten.

Blanqui war aber auch seiner sozialkritischen Einstellung wegen bei der Plutokratie (Geldherrschaft) höchst unbeliebt, denn er stellte die Intelligenz vor das Geld: «Die Errungenschaften der Industrie sind keineswegs das Werk des Kapitals, aber dasjenige der Intelligenz. Der Geist und das Denken haben allmählich die von der Industrie angewandten Ideen geschaffen. Nur den Erfindern gebührt die Ehre für diese Errungenschaften. Das Kapital ist die Drohne, die daraus den Nutzen zieht. Es lässt der Arbeit des Denkens und der Arme nur das übrig, was es nicht wegnehmen kann. Ausbeuter, Parasit und Erwürger waren die Rollen, die das Kapital im Laufe der Jahrhunderte gespielt hat. Und weil es sich alles aneignet, erklärt man es zum Schöpfer von allem.»

Blanqui anerkannte, «dass die demokratische Presse auch unter dem kapitalistischen Joch eine wirksame Rolle in der Opposition spielen kann, vorausgesetzt, dass diese Presse Schmiss hat und etwas weiter blickt als nur in den Bereich des Selbstinteresses.» Unsere Zeitungsbarone mögen sich diesen treffenden Ausspruch zu Herzen nehmen. Jedem klardenkenden Bürger dürfte doch bewusst sein, dass die heutige «Informations»-Presse nur noch ihre eigenen kommerziellen Interessen verteidigt. Die Inseratenabteilung bestimmt indirekt, was geschrieben werden darf, denn ohne die grossen Geschäftsanzeigen flössen keine Riesensummen in die Kasse; oh-

ne diese finanzielle Manna aber hätten die Herren Chefredaktoren unserer «freien» Presse keine fürstlichen Gehälter. Wer zahlt, befiehlt bekanntlich. Die Plutokraten könnten jederzeit durch einen Inseratenboykott einem ihnen nicht genehmen Blatt in die roten Zahlen und ins Reich der Vergangenheit verhelfen.

Blanqui, ein wahrhaftig revolutionärer Kämpfer, sprach folgenden prägnanten Satz aus, den sich die Berufspflastersteinwerfer und sogenannten Protestler merken sollten: «Die Revolutionen müssen zuerst im Bereiche des Geistes stattfinden, bevor sie auf der Strasse durchgeführt werden.»

Blanqui, ein handgreiflicher, draufgän-

gerischer Rebell und Freidenker Frankreichs des 19. Jahrhunderts, mag uns heute als Kuriosum erscheinen. Gewiss, in der nüchternen, von jeglicher Romantik befreiten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts würde ein Streiter seines Schlages sogleich neutralisiert und lächerlich gemacht werden. Was wir aber an Blanqui bewundern müssen, war seine unerschütterliche Ueberzeugung von der Sache des freien Denkens und der Gesellschaftsreform, für die er keine persönlichen Opfer scheute, mögen diese auch noch so gross gewesen sein. In dieser Beziehung war und ist er ein grosses Vorbild.

Max P. Morf

Die Rolle des Feldpredigers

An der Theologischen Fakultät der Universität Bern wurde nach einer Vorlesung von Professor Ruh über die Rolle der Feldprediger diskutiert. Auch Vertreter der Armee nahmen an dieser Diskussion teil, an der recht bemerkenswerte Thesen zur Reform des Feldpredigerwesens vorgetragen wurden, über die der Theologiestudent Otto Nowka in der Zeitung «Die Tat» (Nr. 295 vom 16. 12. 72) ihnen zustimmend berichtet. Er wendet sich zunächst gegen die Behauptung der Armeevertreter, Armee und Kirche gehörten zusammen, weil unsere Kirche eine Volkskirche sei. Das treffe heute nicht mehr zu, die Kirche vertrete nur noch einen Teil des Volkes, viele Schweizer Bürger seien ihr höchstens durch Amtshandlungen und Bräuche, aber nicht mehr innerlich verbunden. Von seiten der Kirche müsse daher folgende Haltung gegenüber dem Feldpredigerdienst eingenommen werden: Die nicht mehr spezifisch kirchlichen Aufgaben des Feldpredigerdienstes sind von der Gesellschaft zu übernehmen. Kirchliche Aufgaben und Inhalte werden künftig Angebote sein müssen und nicht moralische oder gesellschaftliche Zwänge. Nur wer die Kirche aktiv annehmen will, soll als Christ gelten. Durch ihre verhältnismässige Unabhängigkeit von materiellen Erfolgen soll die Kirche die Möglichkeit bewahren, unpopuläre Meinungen (z. B. von Minderheiten) zu propagieren.

Betreffen diese Grundsätze die Haltung der Kirche im allgemeinen und weit über den Feldpredigerdienst hinausreichend, so wäre für diesen im be-

sonderen vorzusehen: Die Kirche darf der Armee nicht mehr untergeordnet werden. Basis des Feldpredigerdienstes muss die Auseinandersetzung mit der Armee in der Armee sein. Die Aufgabe der Kirche darf nicht eine missionarische, sondern nur eine informative sein. Oder: es müssen sinnvolle, der Feldpredigt analoge Veranstaltungen angeboten werden für Wehrmänner, die sich zwar in der gleichen Situation wie die Christen unter ihnen befinden, die Lösungen aber nicht von der Kirche erwarten. Als Vertreterin der Christen unter den Wehrmännern muss die Kirche nicht nur auf Truppenebene, sondern auch auf der Ebene des Stabs, der Militär- und Politikwissenschaft, vertreten sein, gegebenenfalls nicht durch Feldprediger, sondern durch Sozialethiker, Friedensforscher usw. Sämtliche bisherigen Funktionen des Feldpredigers, die nicht spezifisch christlich sind, müssen entsprechenden Fachleuten, Psychologen, Sozialarbeitern usw. anvertraut werden.

Das gilt vor allem für die Betreuung von Rekruten, in den Wiederholungskursen werden sich voraussichtlich keine besonderen Probleme stellen. In der Diskussion wurde in diesem Zusammenhang nicht nur eine Reform des Feldpredigerdienstes, sondern auch der Armee selbst gefordert, der Feldprediger dürfe nicht mehr als Kompensation für Strafen und Schikanen des Dienstbetriebs verwendet werden und nicht als ideologische Stütze der Armee. Zutreffend ist sicher die Feststellung, dass nach Ansicht der Kirche der Feldpredigerdienst zwar eine mis-

Der Pressefonds

ist stets für Gaben empfänglich.
Postcheck-Konto 80 - 48853
der Geschäftsstelle der FVS.
Besten Dank!

sionarische Wirkungsmöglichkeit darstelle, dass aber die Kirche, die sich dem Volk im zivilen Leben entfremdet habe, damit in den relativ kurzen Dienstzeiten kaum erfolgreich sein könne.

Diese Positionen und Forderungen, vertreten von einem jungen Theologen, sind ein bemerkenswertes Zeugnis dafür, wie es heute in den Kirchen gärt und wie junge Reformpriester sich die künftige Ordnung des Feldpredigerwesens vorstellen. Wir Freidenker sehen allerdings das Problem etwas anders. Wir fordern die radikale Trennung von Kirche und Staat und sind der Meinung, dass die Kirche in keiner staatlichen Institution einschliesslich der Armee etwas zu suchen hat. Wie es nach den Worten des verstorbenen Präsidenten Eisenhower einen militärisch-industriellen Komplex gibt, so gab und gibt es noch heute auch noch einen militärisch-klerikalen. Und wir finden, es wird Zeit, dass er verschwindet. Ob das im Interesse der Kirche liegt, wie einige Kirchenreformer erklären, berührt uns nicht. Wir fordern die saubere Trennung von Kirche und allen staatlichen Institutionen im Interesse des Volkes und der Geistesfreiheit.

Walter Gyssling

Jahve wird unpopulär

Schon seit vielen Jahren beklagen sich die Kirchen — ob katholisch oder reformiert — über eine ständige Abnahme der Gottesdienstbesucherzahl. In Anbetracht der schwindenden Zahl von Kirchgängern werden die Gotteshäuser zu gross; oft muss der Pfarrer seine Predigt vor einer Sitzmöbelausstellung halten. Der kirchliche Bauboom nimmt aber nichtsdestoweniger fröhlich seinen Fortgang, denn irgendetwas müssen die reichlich fliessenden Kultussteuern ja investiert werden. Dieser religiöse Krebsgang ist allerdings nicht auf die christlichen Gemeinschaften beschränkt; die jüdische Geistlichkeit scheint dieselben Sorgen zu haben.

Am 15. Dezember 1972 veröffentlichte das «Israelitische Wochenblatt für die Schweiz» folgenden Appell für vermehrten Synagogenbesuch: «In seinem mündlichen Bericht an der Generalversammlung der IKGB (Israelitische Kultusgemeinde Bern, Red.) vom 26. November sah sich der Synagogenpräsident genötigt, einen ganz energischen Appell für einen vermehrten Besuch der Gottesdienste an die Mit-

glieder zu richten. Schon seit einigen Jahren ist ein bedenklicher Rückgang zu verzeichnen, mit dem Resultat, dass der Gottesdienst zu Schabbatausgang nicht mehr regelmässig stattfindet. Leider sieht es so aus, als ob auch der Freitagabend-Gottesdienst diesem Schicksal entgegengehe, sofern sich unsere Mitglieder nicht in letzter Minute eines Besseren besinnen. Selbst zum Schabbat-Morgengebet findet sich mehr oder weniger immer das gleiche Stamm-Minjan ein. Dabei hatte man sich von der Fünftagewoche, die fast jedermann den freien Samstag gebracht hat, einen besseren Besuch erhofft. Aber leider ist das Gegenteil eingetroffen. Die einzigen Gottesdienste, die noch erfreulich gut besucht werden, sind die monatlich stattfindenden Familiengottesdienste. Ein Lichtblick ist besonders der Familiengottesdienst an Chanukka, der die Synagoge stets zu füllen vermag.» Was die christlichen Kirchen anbelangt, besteht der Lichtblick in den Konfirmations- und Erstkommunionsfeiern. Bezeichnend für die Mentalität der israelitischen Gemeindebosse ist der letzte Satz des Appells: «Die Gemeindeglieder wurden aufgefordert, selbst die Initiative zu einer Verbesserung der Situation zu ergreifen, bevor eine Art Besuchszwang ins Auge gefasst werden müsste.»

Das Wort **Zwang** ist also gefallen! Wollen die Herren Rabbiner das Rad der Geschichte um einige Jahrhunderte zurückdrehen? Haben diese eifrigen Diener Jahves von der Aufklärung und von der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft noch nie etwas gehört? Dort steht im Paragraph 49, Abschnitt 2, ausdrücklich: «Niemand darf zur Teilnahme an einer Religionsgenossenschaft oder an einem religiösen Unterricht oder zur Vornahme einer religiösen Handlung gezwungen oder wegen Glaubensansichten mit Strafen irgendwelcher Art belegt werden.»

Hoffen wir, dass sich die Juden durch den «Wink mit dem Zaunpfahl» seitens ihrer fanatischen Führerschaft nicht einschüchtern lassen und dass unter ihnen das freie, undogmatische Denken an Boden gewinnt. Kritische Freigeister wie Karl Marx, Sigmund Freud (Die Zukunft einer Illusion), der Amerikaner Joseph Lewis (The Tyranny of God, Atheism and other Addresses) oder Chapman Cohen (ehemaliger Präsident der britischen Freidenker), die jüdischer Abstammung waren, mögen ihr Vorbild sein.

Max P. Morf

Genosse Jesus

«Religion und Sozialismus» — sagte der alte Bebel — «verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser.» — Wenn man sie mischt, entsteht heisser Dampf und Vernebelung.

Ein österreichischer Mittelschullehrer, der einmal als Funktionär der KPÖ eifrig den Dialog zwischen Marxisten und Katholiken propagiert hatte, betätigt sich heute im «Wiener Tagebuch» — einer im übrigen sonst ganz guten, linkspolitischen Monatsschrift — als Vernebelungsspezialist. In der Dezembernummer zitiert er unter dem Titel «Revolutionäres Christentum» Priester und Theologen aus aller Welt, die den Kapitalismus für unchristlich erklären und zur Revolution unter Führung des «Befreiers Christus» aufrufen. Sie fordern «Gleichheit an Gerechtigkeit und Konsum», denn «Gott der Schöpfer» hat alle Güter allen Menschen zugeordnet, und immer zahlreichere Gruppen von Christen entdecken heute «die historische Kraft des Glaubens» in diesem politischen Kampf. So stützt sich denn auch der Verband christlicher Arbeiter Italiens (ACLI) laut Statuten dabei «auf das Evangelium».

Allerdings trat das Episkopat Italiens dagegen auf, und die vatikanische Wochenzeitung «Osservatore della Domenica» warnte, dass niemand zugleich ein guter Katholik und überzeugter Sozialist sein kann. Demgegenüber erklärte die französische Bischofskommission für die Welt der Arbeit, eben diese «künstliche Trennung» hätte die Werktätigen von der Kirche entfremdet, weil man nicht die «Präsenz Christi» in der Arbeiterbewegung erkannte; dadurch isolierte man die traditionell gläubigen Christen, wengleich man nicht zu sehr nach links rücken dürfe, um nicht — «die Masse der Gläubigen vor den Kopf zu stossen». Diese Vorsichtswarnungen sind nämlich der Pferdefuss. Menschen, die ihr Lebelang durch die religiöse Gehirnwäsche gegangen sind, entwickeln eine Zwangsneurose, und wenn es zur logischen Konsequenz kommen sollte, finden sie ein «Aber». Vor zwei Jahren fand ich in der spanischen Emigrantenzeitschrift «Información Española» eine an sich nicht unrichtige Erklärung des wissenschaftlichen Sozialismus, gepredigt vom Domherrn der Kathedrale von Málaga, der zwar von Klassenkampf sprach, aber besänftigend behauptete, Marx, Engels und Lenin hätten gefordert, das Proletariat solle